

Wort halten! Budget für Integrationskurse erhöhen!

Integrationskurse stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Wirtschaft. Sie vermitteln Sprachkompetenz und schaffen Orientierung. Sie tragen entscheidend dazu bei, Menschen in Ausbildung und Arbeit zu bringen und ermöglichen so gesellschaftliche Teilhabe. So reduzieren sie u.a. die Abhängigkeit von Transferleistungen und entlasten das Sozialsystem nachhaltig.

Ohne Sprachförderung keine Arbeitsmarktintegration

Durch den demografischen Wandel fehlen in Deutschland Fachkräfte in vielen Branchen, insbesondere in Gesundheitswesen und Pflege, Bildung und Erziehung, MINT-, Handwerks- und Metallberufen. Bis 2035 könnten in Deutschland bis zu 7,2 Millionen Erwerbspersonen fehlen (IAB 2021). Diese Lücke kann nur mit dauerhafter, verlässlicher und arbeitsmarktorientierter Integration zugewanderter Menschen geschlossen werden.

Internationale Studien belegen deutlich: die Integrationskurse in Deutschland sind ein absolutes Erfolgsmodell und steigern nachhaltig die Beschäftigungsquote zugewanderter Menschen (OECD 2024).

Zulassungsstopp aufgehoben — aber...

Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung festgelegt, dass sie „mehr in Integration investieren, die Integrationskurse fortsetzen [...] und für Integration von Anfang an“ sorgen will (KoalV 2025, 3059-3061).

Im Februar 2026 hat das Bundesinnenministerium diese Vereinbarung einseitig aufgekündigt und einen Zulassungsstopp für freiwillige Kursteilnehmende verhängt. Flächendeckende Proteste waren die Folge.

Daraufhin wurde zurückgerudert:

Ab dem 1. Juni 2026 soll die Kostenübernahme für die freiwillige Teilnahme an Integrationskursen an ein Kontingent geknüpft werden. EU-Staatsangehörige und insbesondere Geflüchtete aus der Ukraine können wieder teilnehmen. Für wie viele Personen das gilt, hängt jedoch von den Haushaltsmitteln ab. Menschen in Asylverfahren und Duldung bleiben nach aktuellem Stand weiterhin von einer adäquaten Sprachförderung ausgeschlossen. Dies widerspricht der Notwendigkeit

einer frühzeitigen Integration, um vollwertige Teilhabe an Gesellschaft und Arbeitsmarkt, unabhängig von Herkunft und Status, zu ermöglichen.

Kontingent nicht finanziert

Im laufenden Haushaltsjahr sind rund 1 Mrd. Euro für Integrationskurse eingeplant. Aber: Die für 2026 eingeplanten Mittel sind — vor allem auch durch Kursstarts im Vorjahr — weitgehend gebunden. Damit ist das Budget 2026 verplant. Kursplätze für das zugesagte Kontingent erfordern zusätzliche Mittel, besonders im kommenden Jahr.

2027: Absenkung um 35 Prozent geplant

Für 2027 sind bislang lediglich 650 Mio. EUR für Integrationskurse vorgesehen. Um die Zusage zum Teilnahme-Kontingent oder die Zusagen aus dem Koalitionsvertrag einzuhalten, sind jedoch mindestens 900 Mio. EUR notwendig.

Darüber hinaus sind zusätzliche Haushaltsmittel unerlässlich. Denn seit mehr als 4 Jahren wurden die Erstattungssätze für Träger und das Mindesthonorar für Lehrkräfte nicht angepasst. Währenddessen sind Energie-, Miet- und Lebenshaltungskosten deutlich gestiegen.

Erstorientierungskurse keine Lösung

EOK fehlen der systematische Aufbau von Sprachkenntnissen und ein Abschlusszertifikat. Deshalb sind sie kein Instrument der Arbeitsmarktintegration. Zudem haben geduldeten Menschen keinen Zugang. Integrationskurse bleiben daher zentral für Spracherwerb und Integration.

Die absehbaren Folgen:

Längere Integrationsprozesse, geringere Beschäftigungsquoten Zugewanderter, Verstärkung gesellschaftlicher Spaltung, Zerstörung nachhaltiger Strukturen und von Arbeitsplätzen

Unsere Forderungen deshalb:

- **Mindestens 900 Millionen EUR für Integrationskurse im Bundeshaushalt 2027**
- **Öffnung der Integrationskurse für alle zugewanderten Menschen**
- **Erhöhung des Kostenerstattungssatzes für Träger um 10% und Anpassung des Mindesthonorars für Lehrkräfte an die Tarifentwicklung**

Diese Forderungen werden von einem breiten Bündnis von Verbänden getragen

